

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

01.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Neues Logistikgutachten: Bereitstellungslager überflüssig</b> <i>Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung, 01.07.2022</i> .....	3
2   <b>Gasmangel: Versorger Uniper sucht Hilfe beim Bund – Aktie stürzt ab</b> <i>dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten, 30.06.2022</i> .....	5
3   <b>Habeck befürchtet Blockade von Nord-Stream-Leitung</b> <i>Freie Presse - Chemnitzer Zeitung, 01.07.2022</i> .....	7

📰 Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung | 01.07.2022 | S. 15

📄 Auflage: 3.351 | Reichweite: 17.669

👤 Manuela Puls

## Neues Logistikgutachten: Bereitstellungslager überflüssig

**Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) verkündet das vorläufige Ergebnis der Studie des TÜV Nord vorab. Jetzt wird bereits ein Stopp der Planungen gefordert.**

**Kreis Höxter/Würgassen.** Eine Logistikstudie kommt zu dem Schluss, dass das geplante Atommüll-Lager in Würgassen überflüssig ist. Das hat der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies am Donnerstag nachmittag dem Umweltausschuss im Hannoveraner Landtag mitgeteilt. Zentrales Ergebnis der Expertise, die von den Ländern NRW und Niedersachsen gemeinsam in Auftrag gegeben worden war: Das Endlager Konrad in Salzgitter kann ohne ein Bereitstellungslager betrieben werden.

Die Gutachter hätten die Logistikketten mit und ohne Logistikzentrum hinsichtlich der Transportstrecken, der Strahlenbelastung und bezüglich des Zeitaufwands betrachtet. Die Studie liege aktuell erst im Entwurf vor, teilte Lies den Abgeordneten mit. Jetzt soll sie noch nachbearbeitet und Mitte Juli dann offiziell veröffentlicht werden. Erst im August könne man die Studie bewerten. Lies verkündete das vorläufige Ergebnis also vorab – in einer Sondersitzung am letzten Tag vor der Sommerpause.

**Unmut in Düsseldorf, dass Lies das Ergebnis der Studie im Alleingang verkündete**

Damit haben die Gegner der geplanten Atommüll-Drehscheibe in Würgassen jetzt wohl ein As im Ärmel, das stechen könnte. Unermüdlich hatten sie kritisiert, dass die Notwendigkeit eines solchen Logistikzentrums nie wissenschaftlich nachgewiesen worden sei. Der ursprüngliche Planfeststellungsbeschluss für das Endlager Konrad habe ein vorgeschaltetes Bereitstellungslager auch gar nicht vorgesehen, sondern nur eine „begrenzte Pufferlagerung am Standort“ in Salzgitter, erklärte Minister Lies im Ausschuss. Erst im Jahr 2018 sei das Bereitstellungslager ins Spiel gekommen und dann auch in den Koalitionsverträgen festgeschrieben worden.

Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung als Bauherrin hatte stets betont, dass nur mit einem sol-

chen Bereitstellungslager eine passgenaue „just-in-time“ Belieferung von Schacht Konrad möglich sein. Ihr Plan: Aus den mehr als 20 in ganz Deutschland verteilten Zwischenlagern sollte der verpackte strahlende Müll zuerst nach Würgassen gebracht, wo die Gebinde dann so zusammengestellt werden sollten, dass Konrad kontinuierlich im Zwei-Schicht-Betrieb beschickt werden könne.

Spricht: Es sollte durch das Bereitstellungslager wesentlich schneller gehen, den atomaren schwach- und mittelradioaktiven Abfall unter die Erde zu bekommen. Die Rede war von zehn Jahren Zeitgewinn. „Der Bund hat sich damit positioniert und das Kriterium Betriebsdauer des Endlagers Schacht Konrad als maßgebliche Entscheidungsgrundlage herangezogen“, sagte Lies. Der Faktor Zeit war damit der alles entscheidende. Genau da setzt offenbar das Logistikgutachten an, das vom TÜV Nord erstellt worden ist. Mit der vielfach kritisierten Standortfindung für das Bereitstellungslager haben sich die Gutachter dagegen nicht beschäftigt. Es ging also nicht um die Frage, ob es richtig war, dass die Wahl auf Würgassen fiel. Es ging nur um die Frage, ob der Umweg über ein zentrales Bereitstellungslager Sinn macht.

Bereits im Januar hatte der Holzmindener Landtagsabgeordnete Uwe Schünemann (CDU) ein solches Logistikgutachten eingefordert. „Ich habe das Ergebnis erwartet“, so seine erste Reaktion. Sobald das Gutachten in Gänze vorliege, müsse die Bundesregierung die Planungen für das Bereitstellungslager in Würgassen stoppen. Es habe viel Überzeugungsarbeit gekostet, bis das Gutachten auf den Weg gebracht wurde. Auch die Kollegen auf nordrhein-westfälischer Seite hatten den Druck erhöht: „Es ist den Abgeordneten der Region zu verdanken, dass das Gutachten von beiden Landesregierungen gemeinsam in Auftrag gegeben wurde“, betont der Bad Driburger Landtagsabgeordnete Matthias Goeken, ebenfalls CDU.

Er sei froh über das Ergebnis. „Das heißt aber noch nichts, die Entscheidung fällt in Berlin. Aber wir sind auf dem richtigen Weg“, dämpft der Düsseldorfer Abgeordnete die Erwartungen. Er rechnet nicht damit, dass die Bundesregierung sich vor der Niedersachsen-Wahl im Herbst zum Thema Würgassen positioniert. „Vorher wird in Berlin keine Entscheidung fallen“, ist sich Goeken sicher. Das grün geführte Umweltministerium der Ampel hatte zuletzt betont, man wolle das Ergebnis des Logistik-Gutachtens abwarten.

In Düsseldorf habe es für Unmut gesorgt, dass Lies das Ergebnis der Studie im Alleingang verkündete: „Wir sind darüber sehr ungehalten, das hätte abge-

stimmt und gemeinsam erfolgen müssen“, kritisierte Goeken das Vorpreschen des niedersächsischen Ministers. Die neue nordrhein-westfälische Landesregierung sei schließlich gerade erst im Amt und habe das Papier erst am Donnerstag erhalten. „Wir werden das in Ruhe prüfen und uns damit auseinandersetzen.“ Bei 150 Seiten dauere das seine Zeit. „Man muss schauen, ob das Gutachten dem Auftrag entspricht oder eventuell noch nachgebessert werden muss“, sagte Goeken. Auch die Lagergegner sind bereits aus erster Hand informiert: Dirk Wilhelm war als Vertreter der Bürgerinitiative „Atomfreies Dreiländereck“ bei der öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses in Hannover als Zuhörer vor Ort.

## Gasmangel: Versorger Uniper sucht Hilfe beim Bund – Aktie stürzt ab

**DÜSSELDORF** (dpa-AFX) - Weil die Gaslieferungen aus Russland zuletzt drastisch gesunken sind, gerät der Kraftwerksbetreiber Uniper in finanzielle Bedrängnis. Der stark von russischem Gas abhängige Konzern spricht nun mit der Bundesregierung über Stabilisierungsmaßnahmen. Geprüft werde, wie die Liquidität der Gesellschaft weiter gesichert werden könne, teilte Uniper am Mittwochabend in Düsseldorf mit. Die Jahresprognose kassierte das Management um Konzernchef Klaus-Dieter Maubach. Bereits im ersten Quartal waren wegen des Russland-Engagements Milliardenverluste bei den Düsseldorfern aufgelaufen.

Die im MDax notierte Aktie des Unternehmens, das mehrheitlich dem finnischen Versorger Fortum gehört, brach am Donnerstag ein. Im frühen Handel verlor das Papier bis zu knapp 23 Prozent, konnte die Verluste zuletzt aber auf rund 17 Prozent reduzieren. Mit rund 14 Euro kostet die Aktie so wenig wie seit 2017 nicht mehr. Seit Jahresbeginn summieren sich die Verluste auf nunmehr fast 70 Prozent. Die Marktkapitalisierung sank in dem Zeitraum um zehn Milliarden Euro auf rund fünf Milliarden Euro. Die Fortum-Aktie verlor rund sechs Prozent.

Uniper müsse jetzt um eine Rettung durch den deutschen Steuerzahler bitten, kommentierte ein Händler. Die Warnung verdeutliche, wie kritisch, wenn nicht gar gefährlich die gegenwärtige Situation sei, sollte die Feststellung und Bekanntgabe der Gasmangellage durch die Bundesnetzagentur nicht bald erfolgen.

Uniper geht davon aus, dass in diesem Fall die derzeitigen Belastungen dann teilweise an die Kunden weitergegeben werden können. Derzeit ist dies noch nicht möglich. Seit Mitte Juni erhält Uniper nach eigenen Angaben nur noch 40 Prozent der vertraglich zugesicherten Gasmengen von Gazprom und muss Ersatzmengen zu deutlich höheren Preisen beschaffen.

Mehr als 50 Prozent der langfristigen Lieferverträge habe Uniper mit Russland abgeschlossen, eine Quelle, die nun austrockne, verdeutlichte Analyst Guido Hoyer vom Bankhaus Metzler die Situation. Alberto

Gandolfi von der US-Investmentbank Goldman Sachs dabei rechnet vor, dass die zusätzlichen Ersatzkäufe am Markt Uniper potenziell rund 500 Millionen Euro für einen vollen Monat kosten könnten.

„Wir hatten bereits Ende letzten Jahres durch die enorm gestiegenen Gaspreise einen signifikant gestiegenen Liquiditätsbedarf“, erläuterte Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach am Vorabend den Schritt, den Bund um Hilfe zu bitten. „Um diesem zu begegnen, hatten wir bereits unsere Kreditlinien erweitert und unter anderem eine Fazilität der staatlichen KfW in Höhe von zwei Milliarden Euro erhalten, die wir bis heute nicht in Anspruch genommen haben.“

Jetzt habe sich die Entwicklung durch den Krieg in der Ukraine und die in der Folge stark reduzierten Gaslieferungen aus Russland „spürbar verschlechtert“, führte Maubach aus. „Daher sprechen wir jetzt mit der Bundesregierung erneut über Stabilisierungsmaßnahmen, für die eine Reihe von Instrumenten infrage kommen, wie zum Beispiel Garantie- und Sicherheitsleistungen, Erhöhung der aktuellen Kreditfazilität bis hin zu Beteiligungen in Form von Eigenkapital.“ Eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bestätigte am Donnerstag Gespräche.

JPMorgan-Analyst Vincent Ayril schätzt, dass Uniper durch die geringeren Gasliefermengen 20 Millionen Euro pro Tag verliert und es nur wenige Monate dauern werde, bis das Unternehmen den bereits gewährten KfW-Kredit in Anspruch nehmen müsse. Dazu komme, dass viele kommunale Energieversorger keine so robuste Bilanz wie Uniper und damit nicht so viel Zeit hätten.

Der Analyst geht davon aus, dass die Regierung derzeit noch an den Details arbeite, wie die Energieunternehmen die hohen Kosten weitergeben könnten - und dass die Bundesnetzagentur aus diesem Grunde noch nicht die „Gasmangellage“ erklärt habe. Dies sei auch aus dem Grund heikel, da es viele Auswirkungen auf die Wirtschaft haben dürfte. Ayril geht davon aus, dass eine Entscheidung jedoch eher eine Frage von Tagen

oder Wochen ist, nicht von Monaten.

Uniper setzte am Vorabend zudem die bisherige Ergebnisprognose aus. Im ersten Halbjahr dürften die operativen Gewinne auf Basis vorläufiger Zahlen auch deutlich unter denen des Vorjahreszeitraums liegen, hieß es. Vor einem Jahr hatte Uniper in den ersten sechs Monaten vor Zinsen, Steuern und Sondereffekten 580 Millionen Euro verdient. Das bereinigte Nettoergebnis belief sich damals auf 485 Millionen Euro.

Bereits im ersten Quartal hatte Uniper wegen seines starken Russland-Engagements einen Verlust von über drei Milliarden Euro verzeichnet. Das lag vor allem an Wertberichtigungen infolge der internationalen Sanktionen gegen Russland. Die Abschreibungen betrafen vor allem Unipers russische Tochtergesellschaft Unipro und das Darlehen des Konzerns an die Nord Stream 2 AG. Uniper hatte den Kredit für die vom russischen Energiekonzern Gazprom mitfinanzierte Ostsee-Pipeline vollständig abgeschrieben.

 Freie Presse - Chemnitzer Zeitung | 01.07.2022 | S. 6

 Auflage: 37.780 | Reichweite: 104.788

 dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

## Habeck befürchtet Blockade von Nord-Stream-Leitung

*Seit Mitte Juni liefert Russland weniger Gas nach Deutschland – das bringt nun den Energieversorger Uniper in Schwierigkeiten.*

**München/Berlin** - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck befürchtet ein vollständiges Ausbleiben russischer Gaslieferungen durch die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream. Es drohe ab dem 11. Juli „eine Blockade von Nord Stream 1 insgesamt“, sagte der Grünen-Politiker am Donnerstag bei einem „Nachhaltigkeitsgipfel“ der „Süddeutschen Zeitung“. Deswegen könne es im Winter wirklich problematisch werden. Die Gasversorgung über den Sommer sei gewährleistet, betonte der Minister.

Mitte Juni hatte Russland unter Verweis auf technische Probleme die Lieferungen durch Nord Stream bereits stark gedrosselt. Als Reaktion darauf hatte die Bundesregierung die Alarmstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. „Gas ist von nun an ein knappes Gut in Deutschland“, hatte Habeck gesagt. Er hatte ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, damit der Gasverbrauch in der Industrie sinkt und Gas stattdessen eingespeichert werden kann.

Die Appelle und Maßnahmen zur Verringerung des Gasverbrauchs zeigen nun offenbar Wirkung: Bundesweit lag der Gasverbrauch zwischen Januar und Mai bei rund 460 Milliarden Kilowattstunden, wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) am Donnerstag mitteilte. Das waren demnach 14,3 Prozent weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres.

Neben der milden Witterung im Frühjahr seien auch die hohen Gaspreise ein wesentlicher Grund dafür, hieß es. Denn auch bereinigt um Temperatureffekte lag der Rückgang im Vorjahresvergleich laut Verband noch bei knapp 6,5 Prozent. Besonders deutlich sei der Rückgang im Mai gewesen, erklärte der BDEW und verwies auf „persönlich motivierte Einspareffekte“.

Am 11. Juli beginnen nun jährliche Wartungsarbeiten an Nord Stream 1. Die Pipeline werde in der Regel für zehn Tage heruntergefahren, sagte Habeck bei dem „Nachhaltigkeitsgipfel“. Aber nach dem Muster, das man gesehen habe, wäre es nicht „superüberraschend“, wenn irgendein kleines Teil gefunden werde.

„Und dann sagt man: Ja, das können wir halt nicht wieder anmachen, jetzt haben wir bei der Wartung irgendwas gefunden und das war's dann. Also insofern ist die Situation durchaus angespannt.“

Die Speicher müssten zum Winter hin voll sein, so Habeck weiter, zwei schwimmende Terminals zum Import von Flüssigerdgas (LNG) in Deutschland müssten angeschlossen sein. Die aktuellen Füllstände der Speicher in Deutschland liegen laut Bundesnetzagentur bei rund 61 Prozent. Nach der russischen Drosselung werde pro Tag 0,3 bis 0,5 Prozent Gas eingespeichert, sagte Habeck. Das sei ungefähr die Hälfte dessen, was vor dem „Cut“ von Nord Stream 1 passiert sei. Es seien aber noch erhebliche Mengen. Bereits die Drosselung der russischen Gaslieferungen bringt derweil den Energieversorger Uniper in Bedrängnis. Die Bundesregierung befindet sich nach Darstellung des Wirtschaftsministeriums mit dem Unternehmen in Gesprächen über Stabilisierungsmaßnahmen. Uniper hatte seine Ergebnisprognosen für das laufende Jahr wegen der eingeschränkten Gaslieferungen aus Russland kassiert. Bereits im ersten Quartal waren wegen des Russland-Engagements Milliardenverluste bei den Düsseldorfern aufgelaufen. Für Stabilisierungsmaßnahmen kommt nach Angaben von Uniper eine Reihe von Instrumenten infrage, zum Beispiel Garantie- und Sicherheitsleistungen, Erhöhung der aktuellen Kreditfähigkeit bis hin zu Beteiligungen in Form von Eigenkapital.

Seit Mitte Juni erhält Uniper, das mehrheitlich dem finnischen Versorger Fortum gehört, nach eigenen Angaben nur noch 40 Prozent der vertraglich zugesicherten Gasmengen von Gazprom und muss teuer Ersatzmengen beschaffen. Das Unternehmen geht davon aus, dass im Falle der Feststellung und Bekanntgabe der Gasmangellage durch die Bundesnetzagentur die derzeitigen Belastungen teilweise an die Kunden weitergegeben werden können.

Fortum sieht auch Deutschland in der Pflicht. Nötig sei eine „nationale und industrieweite Anstrengung“, teil-

ten die Finnen am Donnerstag mit. Wie hoch und wie eine mögliche Unterstützung ausfallen müsste, wollte Fortum nicht kommentieren. Uniper habe einen von Fortum gewährten Kreditrahmen von acht Milliarden Euro teilweise ausgenutzt, hieß es weiter. „Als Mehrheitseigentümer von Uniper wollen wir als Fortum dafür sorgen, dass Uniper auch im Falle eines anhaltenden oder sich verschärfenden Gasmangels in der Lage

ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen.“

Die im MDax notierte Aktie des Unternehmens brach am Donnerstag ein. Im frühen Handel verlor das Papier zwischenzeitlich knapp 23 Prozent, konnte die Verluste anschließend aber reduzieren. Mit rund 14 Euro kostet die Aktie so wenig wie seit 2017 nicht mehr. Seit Jahresbeginn summieren sich die Verluste auf nunmehr fast 70 Prozent. |dpa